



Umsetzung der Währungspolitik

Dritter währungspolitischer Dialog mit Mario Draghi

Am 25.09.2017 tagte der Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) des Europäischen Parlaments (EP). Zu Gast war im Rahmen des dritten währungspolitischen Dialogs der Präsident der Europäischen Zentralbank Mario Draghi. Er stellte sich insbesondere Fragen zum Ankaufprogramm von Unternehmensanleihen („Corporate Sector Purchase Programme“, CSPP) und zur Umsetzung der Währungspolitik.

Man verzeichne einen starken wirtschaftlichen Aufschwung im Euroraum. Er sei auf breiter Basis über die Mitgliedstaaten und viele Bereiche hinweg aufgestellt. Das reale BIP-Wachstum sei im ersten Halbjahr 2017 besser als gewesen als erwartet. Die Wirtschaft des Euroraums wachse seit 17 Quartalen in Folge. Jüngste Informationen deuteten auf eine anhaltende Dynamik hin. Deflationsrisiken seien im Wesentlichen verschwunden.

Seit der letzten Sitzung des EZB-Gouverneursrates stehe fest, dass der Zinssatz und das Ankaufprogramm CSPP bis Ende 2017 oder eventuell sogar darüber hinaus unverändert bleiben. Die aktuelle Währungspolitik sei notwendig, um die weitere Wirtschaft zu stärken und die Inflation nachhaltig zu steigern. Erst am Ende des Jahres würde man über Anpassungen geldpolitischer Maßnahmen nachdenken. Die Währungspolitik habe nicht nur zu einer stärkeren Wirtschaft und zu höheren Einkommen sondern auch zu besseren Beschäftigungschancen geführt. Durch neugeschaffene Finanzinstrumente konnte der produktive Sektor deutlich gesteigert werden.

Gemeinsam mit dem Aufkauf von forderungsbesicherten Wertpapieren und mit abgesicherten Darlehen sei durch das CSPP eine Vereinfachung des Finanzierungsprogrammes bewirkt worden. In dem Rahmen wurden sowohl Anleihen von Groß- als auch von Kleinunternehmen aufgekauft. Positive Effekte seien bei Unternehmen in allen Marktsegmenten festzustellen.

Draghi zeigte auch
Verbesserungsmöglichkeiten auf: Die

Transparenz des CSPP-Programms solle bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Effizienz ausgeweitet werden. Außerdem müsse die Inflation innerhalb der Aufkaufprogramme verbessert und diese Verbesserung auf den Finanzmärkten weitergegeben werden, um bessere Kreditbedingungen für die Realwirtschaft zu schaffen. Spill-Over-Effekte seien schon jetzt im Bereich der Klein- und mittleren Unternehmen (KMU) festzustellen.

Immer mehr Unternehmen würden versuchen, eine Finanzierung auf Grundlage der Marktpreise und der besseren Finanzierungsbedingungen zu erzielen. Die Darlehensraten für kleinere Darlehen im Bereich von Unternehmen außerhalb des Finanzsektors seien seit der Ankündigung des CSPP um 50 Basispunkte zurückgegangen. Kleinere Unternehmen haben besseren Zugang zur Finanzierung. Diese Entwicklung sei im Interesse der Realwirtschaft und ein notwendiger Schritt zur Annäherung der Inflationsrate an die Zielrate.

Im weiteren Verlauf des Dialoges unterstrich EZB-Präsident Draghi, dass eine einheitliche Währung zu einer einheitlichen Währungspolitik führen müsse. Momentan würden nationale Zentralbanken beteiligt und eine Dezentralisierung innerhalb der EZB-Satzung bewirkt. Damit solle die Finanzstruktur des Eurowirtschaftsgebiets in Form einer Währungsunion mit segmentierten nationalen Finanzmärkten berücksichtigt werden. Ein dezentralisiertes System sei ohne eine Kapitalmarktunion besonders effizient. Eine erfolgreiche Kapitalmarktunion könne die nationalen Unterschiede beseitigen. Dies hätte langfristig positive Auswirkung für Umsetzung der Währungspolitik.

In der anschließenden Diskussion wurden weitere Fragen zu der Niedrigzinspolitik und zu Anleihenkäufen gestellt:

Auf die mehrmals thematisierte Frage, ob die 33%-Grenze bei Anleihenkäufen von öffentlichen Unternehmen negative Einflüsse nach sich ziehen würden und ob eine Erhöhung der 33% sinnvoll sei, antwortete EZB-Präsident Draghi, dass alle Anleihen im

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



Portfolio und bei der 33%-Grenze berücksichtigt werden, aber dass eine Ausweitung momentan nicht angedacht sei.

MdEP Werner Langen (EVP/DEU) fragte nach dem richtigen Zeitpunkt für eine Zinswende. Draghi unterstrich, dass man noch weit von dauerhafter Konvergenz der Inflationssätze entfernt sei. Auch die zurückhaltende Lohnpolitik führe dazu, dass keine Entwicklung nach oben zu verzeichnen sei.

MdEP Bernd Lucke (EKR/DEU) bezog sich auf die Public Sector Purchase Programme (PSPP) der EZB zum Ankauf von Wertpapieren des öffentlichen Sektors und die entsprechende Vorlage des Bundesverfassungsgerichts beim EuGH. Es

sei fraglich, ob das Programm aufgrund des sich akkumulierenden Volumens gegen EU-Recht verstoße. Er fragte, ob es nach Auffassung der EZB ein bestimmtes Maximalvolumina gebe. Draghi ging ausweichend darauf ein: man habe den Vorlagebeschluss zur Kenntnis genommen. Das PSPP bewege sich jedenfalls voll im Rahmen des Mandats. Dort gebe es lediglich „issual limits“ als Grenze. Zu der Frage nach volumenmäßigen Beschränkung äußerte sich Draghi nicht.

Weiterführende Informationen:

<http://www.europarl.europa.eu/ep-live/de/committees/video?event=20170925-1500-COMMITTEE-ECON>